

# Berlin aktuell

## Die Woche im Bundestag

Josef Rief, MdB



## Wachstumschancen beschleunigt

Bundeswehruntersuchungsausschuss eingesetzt – Entwurf des Bundeshaushaltes 2010 vorgelegt

### Entlastungen ab 1.1.2010

Am Freitag der letzten Sitzungswoche des Jahres 2009 hat der Bundesrat mit den Stimmen der von Union und FDP geführten Bundesländer dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz zugestimmt. Damit ist die letzte parlamentarische Hürde genommen, damit das Gesetz noch in diesem Jahr rechtzeitig im Bundesgesetzblatt steht, um dann ab 1. Januar 2010 in Kraft treten zu können. Das Gesetz sieht u.a. folgende Maßnahmen vor: Das Kindergeld wird um je 20 Euro erhöht. Für das erste und das zweite Kind gibt es damit vom kommenden Jahr an monatlich 184 Euro, für das dritte 190 Euro und für jedes weitere je 215 Euro. Der Kinderfreibetrag steigt von derzeit 6.024 Euro auf 7.008 Euro. Geschwister sowie Nichten und Neffen sollen bei einer Erbschaft künftig Geld sparen. Dazu werden bei der Erbschaftsteuer die Sätze gesenkt. Auch die Bedingungen für eine geringere Erbschaftsteuer bei der Unternehmensnachfolge werden verbessert. Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz unterstreicht die neue schwarz-gelbe Koalition eindrucksvoll ihre Handlungsfähigkeit. Es ist ein guter Auftakt für die weiteren vor uns liegenden Aufgaben.

### Aktuelle Stunde zum Afghanistaneinsatz

Anlässlich einer aktuellen Stunde zum Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan ereignete sich im Deutschen Bundestag eine hochemotionale Debatte. Hintergrund dieser von der Opposition beantragten aktuellen Stunde sind die Geschehnisse des 4. September 2009 in Kundus um die gekaperten Tanklastzüge und um den daraufhin erfolgten Luftangriff. Von Beginn an hat die Unionsfraktion deutlich gemacht, dass ihr sehr an einer transparenten Aufarbeitung der Vorgänge um diesen Luftangriff gelegen ist. Daher haben wir zusammen mit der FDP sofort einen Untersuchungsausschuss beschlossen. Das richtige Gremium dafür ist der Verteidigungsausschuss, der sich an diesem

Mittwoch als Untersuchungsausschuss konstituierte.

Als einziger der Ausschüsse im Deutschen Bundestag steht dem Verteidigungsausschuss dieses Recht nach Art. 45a Grundgesetz zu. Anstatt, wie in der aktuellen Stunde aus den Reihen der Opposition versucht, die Vorgänge in Kundus dazu zu missbrauchen, den Einsatz in Afghanistan in der Öffentlichkeit zu diskreditieren, wollen wir den Untersuchungsausschuss dazu nutzen, die konkreten Vorgänge vom 4. September 2009 aufzuklären. Wir sehen uns damit einig mit der Bundesregierung. Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg hat unser volles Vertrauen. Wir bedauern sehr, dass in dieser von Seiten der Grünen und Linken, aber auch von der SPD, unsachlich und unfair geführten Debatte, wieder einmal das generelle Unbehagen der Opposition gegenüber unseren Streitkräften im Allgemeinen und gegenüber Auslandseinsätzen der Bundeswehr im Speziellen, zum Ausdruck kam. Das Misstrauen und das ablehnende Verhalten der Opposition fällt auf unsere Soldatinnen und Soldaten zurück und ist in großem Maße schädlich für ihren schweren Einsatz. Aus vielen Kasernen in unserem Land hören wir von unseren Soldatinnen und Soldaten, wie irritiert und verunsichert sie über manche Aussage sind. Wir alle wissen, dass über Weihnachten wieder tausende unserer jungen Menschen aus der Bundeswehr in Afghanistan und an anderen Orten unter schwierigsten Bedingungen und unter Gefahr für Leib und Leben im Einsatz sind - im Auftrag des Deutschen Bundestags für Frieden und Sicherheit zu sorgen. Daher muss jetzt aber auch im Rahmen der Arbeit des Untersuchungsausschusses deutlich werden, dass wir unseren Soldatinnen und Soldaten Vertrauen entgegen bringen. Eines ist für uns klar: Unserer Unterstützung können sie sich sicher sein.

## Bundshaushalt 2010

In dieser Woche hat Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages den zuvor dem Bundeskabinett vorgelegten Entwurf für den Bundshaushalt 2010 vorgestellt. Es ist der zweite Entwurf für den Haushalt 2010, da der erste Entwurf durch die Bundestagswahl der Diskontinuität unterlag. Ehrgeiziges Ziel der Koalition ist es, die parlamentarischen Beratungen dazu bis Ende März 2010 abgeschlossen zu haben. Erst danach wird die bis dahin rechtlich notwendige vorläufige Haushaltsführung beendet werden können. Mit der für 2010 geplanten Nettokreditaufnahme (NKA) in Höhe von 85,8 Milliarden Euro erreichen wir ein historisches Niveau und sind krisenbedingt weit entfernt von einer ursprünglich in einem zurückliegenden Finanzplan für das Jahr 2010 geplanten Größe von 6 Milliarden Euro. Uns ist aber trotz dieser Größenordnung bewusst: Zu dieser expansiv wirkenden Haushaltspolitik gibt es in der gegenwärtigen Situation keine vernünftige Alternative. Denn aus Erfahrungen wissen wir, dass es kontraproduktiv ist zu versuchen, gegen eine solche Wirtschaftskrise anzuspähen. Daher haben wir bereits in der letzten Legislaturperiode unterstützende Maßnahmen ergriffen. An diese Maßnahmen zur Krisenbewältigung knüpfen wir jetzt nahtlos an. So werden durch die Umsetzung des

„Wachstumsbeschleunigungsgesetzes“ auf der Einnahmeseite Steuermindereinnahmen in Höhe von rd. 3,9 Milliarden Euro abgebildet. Auf der Ausgabe-seite führt das Sofortprogramm zu Zusatzbelastungen in Höhe von rd. 5 Milliarden Euro. Diesen Belastungen stehen „Einsparungen“ in etwa gleicher Größenordnung gegenüber, die sich aus der gegenüber dem Sommer verbesserten Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ergeben. Es handelt sich dabei insbesondere um Minderausgaben für den Arbeitsmarkt und um Steuermehreinnahmen. Die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland verlief zuletzt günstiger als noch im Frühjahr erwartet. Zudem deuten die in die Zukunft weisenden Wirtschaftsdaten auf eine Fortsetzung der konjunkturellen Aufwärtstendenz hin. Dennoch verbleibt die gesamtwirtschaftliche Aktivität auf niedrigem Niveau. Im Jahr 2010 wird für das nominale Bruttoinlandsprodukt nun eine Veränderungsrate von + 1,6 % erwartet. Die Schätzung der Steuereinnahmen des Bundes wurde daraufhin leicht um 1,0 Milliarden Euro auf insgesamt

215,7 Milliarden Euro angehoben. Insgesamt zeigt sich: Allen Unkenrufen zum Trotz ist dieser Haushalt im Hinblick auf die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise ein guter Haushalt, der in die Zukunft weist und die richtigen Signale setzt. Der Haushalt wird in einer besonders schwierigen Zeit aufgestellt und ist in seiner historischen Bedeutung einmalig. Es gilt aber über den Haushalt 2010 hinauszuschauen, denn sowohl den Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt als auch die grundsätzliche Schuldenbremse können wir nur einhalten, wenn wir mit dem Haushalt 2011 und dem neuen Finanzplan 2014 wieder auf einen strikten Konsolidierungskurs einschwenken.

## Einsetzung parlamentarischer Gremien

Auf der Tagesordnung des Deutschen Bundestages stand in dieser Woche die Einsetzung verschiedener parlamentarischer Gremien, die nach der Bundestagswahl vom 27. September 2009 neu gebildet werden mussten. Die CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag ist in den verschiedenen Gremien, die für die Arbeitsfähigkeit des Parlamentes von großer Bedeutung sind, wieder stark vertreten. So wird in der 17. Wahlperiode der Innenpolitikexperte Clemens Binninger im Parlamentarischen Kontrollgremium die Arbeit der Geheimdienste mit beaufsichtigen. Im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat werden in Zukunft der Landesgruppenvorsitzende Thomas Strobl und als Stellvertreter der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder vertreten sein. Der Innen- und Rechtspolitiker Ingo Wellenreuther wird wieder Mitglied im Richterwahlausschuss des Deutschen Bundestages und das Bundesvorstandsmitglied der CDU Axel E. Fischer Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates.

Liebe Leserinnen und Leser,

ich wünsche Ihnen gesegnete Weihnachtsfeiertage,  
einen fröhlichen Jahresausklang  
und für das neue Jahr Gesundheit, Glück und Erfolg!

Ihr



Josef Rief